



Automatischer Informationsaustausch

Die Schweiz soll mit zwölf weiteren Staaten und Territorien den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) einführen. Der Nationalrat hat am Montag als Erstrat grünes Licht gegeben. Eines der betroffenen Länder ist die Ukraine. Eingeführt werden soll der AIA ausserdem noch mit Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, die Republik Moldau, Montenegro, Neukaledonien, Thailand und Uganda. Ab 2024 sollen zum ersten Mal Informationen ausgetauscht werden - sofern die betroffenen Länder die Voraussetzungen des AIA-Standards erfüllen. Der Nationalrat stimmte den zwölf nötigen Beschlüssen gegen den Willen der SVP zu.

Parlamentarische Aufsicht

Für die Klärung von Ereignissen mit grosser Tragweite sollen die Aufsichtskommissionen des Parlaments künftig eine fächerübergreifende Subkommission einsetzen können. Soweit sind sich die Räte einig. Umstritten ist aber, welche Informationsrechte diese Kommission haben soll. Der Nationalrat hält an einer Subkommission mit erweiterten Informationsrechten fest, will die Voraussetzungen für deren Einsetzung aber eingrenzen. Eine Subkommission soll seiner Meinung nach dann eingesetzt werden, wenn die Informationsrechte der Oberaufsichtskommissionen nicht genügen, um ihre Funktion auszuüben. Diese Haltung hat er bekräftigt. Der Ständerat dagegen wollte bisher die Subkommission mit keinen zusätzlichen Informationsrechten ausstatten. Er ist wieder am Zug.

Digitalisierung

Das Parlament will, dass der Bundesrat digitale Projekte von öffentlichem Interesse mit Geld in Gang bringt. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat überwiesen, der vom Bundesrat die Schaffung der entsprechenden rechtlichen Grundlagen verlangt. Der Bundesrat arbeitet nun einen Entwurf dazu aus. Investiert werden soll einmalig in digitale "Leuchtturmprojekte" im privaten und privat-öffentlichen Bereich, welche einem öffentlichen Interesse dienen und den Standort Schweiz stärken.

Rettungsschirm

Das Parlament hat den mit zehn Milliarden Franken dotierten Rettungsschirm für Stromunternehmen in den Grundzügen gutgeheissen. Nach dem Ständerat sagte am Dienstag auch der Nationalrat Ja zu Gesetzesbestimmungen und zum Verpflichtungskredit von zehn Milliarden Franken, gegen den Willen der SVP. Allerdings sind etliche Punkte in der Vorlage noch umstritten. Diese Differenzen sollen in der laufenden Session ausgeräumt werden. Der Bundesrat hat den Rettungsschirm bereits aktiviert, nachdem der Stromkonzern Axpo um Hilfe ersucht hatte. Das bereitgestellte Darlehen im Umfang von vier Milliarden Franken hat der Konzern aber noch nicht gezogen.

Raser

Die geplanten Lockerungen bei den Strafen für Raser stehen auf der Kippe. Die Räte hatten in einer früheren Beratung beschlossen, dass Raserinnen und Raser nicht mehr nur mit Gefängnis, sondern auch mit Geldstrafen bestraft werden können. Weil aber die Stiftung Roadcross, die Betroffene von Verkehrsunfällen betreut, mit dem Referendum gedroht hat, schlug die Verkehrskommission einen Kompromiss vor. Dieser sieht vor, dass ein Raserdelikt wie bisher grundsätzlich mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bestraft werden soll. Eine Geldstrafe ist nur dann möglich, wenn das Tempo aus "achtenswerten Gründen" überschritten wurde oder die Person noch keinen Eintrag im Strafregister wegen Verletzung von Verkehrsregeln hat.



Der Nationalrat stimmte dem am Dienstag stillschweigend zu. Am Donnerstag diskutiert der Ständerat darüber. Seine vorberatende Kommission sprach sich dafür aus.



Jugendschutz

Der Ständerat muss sich nochmals mit den neuen Regeln zum Schutz Minderjähriger vor Sex- und Gewaltdarstellungen in Filmen und Games befassen. Der Nationalrat hat am Mittwoch an mehreren Differenzen zur kleinen Kammer festgehalten. Er besteht zum einen darauf, auch optionale Zusatzkäufe in Videospielen und Apps im Gesetz zu regeln. Zudem will er das zuständige Bundesamt gesetzlich dazu verpflichten, Massnahmen zur Förderung der Medienkompetenz zu ergreifen, und er fordert einen dauerhaften Einbezug von Fachleuten durch die Branchenorganisationen.

Gartenbau

Der Nationalrat will Hobbygärtnerinnen und -gärtnern Pestizide nicht wegnehmen, ihnen den Griff danach aber erschweren. Sie sollen Pflanzenschutzmittel nur noch anwenden dürfen, wenn sie eine entsprechende Ausbildung haben. Nichtberufliche Anwender sollen Pestizide nur noch kaufen dürfen, wenn sie eine angemessene Ausbildung dafür haben, analog zu den Kursen für Berufsleute. Der Nationalrat hiess eine entsprechend geänderte Motion von Ständerätin Maya Graf (Grüne/BL) mit 107 zu 84 Stimmen gut, gegen den Willen des Bundesrates und der SVP. Der Vorstoss geht zurück an den Ständerat.



Krankenkassen

Der Nationalrat will die Bezüge von Geschäftsleitungsmitgliedern von Krankenkassen begrenzen.

Er hat mit 113 zu 74 Stimmen bei zwei Enthaltungen eine entsprechende Motion seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) angenommen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Stimmt auch er zu, muss der Bundesrat eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Die Motion fordert, dass Mitglieder der Geschäftsleitung einer Krankenkasse im Jahr maximal 250'000 Franken verdienen können. Für Verwaltungsratsmitglieder will der Vorstoss eine Obergrenze von 50'000 Franken.

Allgemein ist davon auszugehen, dass der Ständerat diesen wegweisenden Entscheid des Nationalrats wieder korrigieren wird... leider!

Rang	Name	Lohn	Krankenkasse
1	Daniel Schmutz	820'900	Helsana*
2	Ruedi Bodenmann	776'397	Assura**
3	Andreas Schönenberger	730'709	Sanitas*
4	Philomena Colatrella	697'475	CSS*
5	Reto Dahinden	673'751	Swica**
6	Reto Egloff	573'000	KPT*
7	Nikolai Dittli	532'809	Concordia**
8	Michael Willer	514'855	Sympany*
9	Paul Rabaglia	472'007	Groupe Mutuel*
10	Stefan Schena	416'846	ÖKK***
11	Dieter Boesch	412'548	Aquilana****/*****
12	Stephan Wilms	411'400	Visana**
13	Christof Zürcher	353'873	Atupri**/*****
14	Christian Scharpf	317'750	Agrisano**
15	Reto Flury	314'578	EGK****
16	Yvonne A. Dempfle	208'570	KLuG**
17	Guido Mitterer	207'822	Rhenusana*/*****
18	Robert Kalbermatten	178'908	Sodalis****/*****

Quelle: Handelszeitung

Schweiz – Grossbritannien

Der Nationalrat hat das bilaterale Sozialversicherungsabkommen mit Grossbritannien als Erstrat ohne Gegenstimme gutgeheissen. Die Schweiz und Grossbritannien wenden das Abkommen seit dem 1. November 2021 provisorisch bereits an. Das Abkommen koordiniert die Sozialversicherungssysteme seit dem Brexit. Damit es definitiv in Kraft treten kann, müssen es die Parlamente beider Staaten bewilligen. In Bern ist nun der Ständerat am Zug.

Geschichte

Die Geschichte der Frauen in der Schweiz soll sichtbar gemacht werden. Der Nationalrat hat dazu eine Motion von Marianne Streiff-Feller (EVP/BE) mit 119 zu 68 Stimmen überwiesen, die der Ständerat abgeändert hatte. Sie fordert nun ein Konzept für ein Netzwerk Dritter über die Geschichte der Gleichstellung. Die nötigen Geldmittel soll die Landesregierung mit der nächsten Kulturbotschaft beantragen. Minderheitssprecher Mauro Tuena (SVP/ZH) warnte vor zusätzlichen Ausgaben. Und es stelle sich die Frage, ob Frauen mit einem Frauen-Netzwerk geholfen sei. Die auch vom Bundesrat abgelehnte Motion hatte ursprünglich ein Konzept für ein "Haus der Frauengeschichte" verlangt.

Die Schweiz kauft die F35-Kampffjets

Verteidigungsministerin Viola Amherd kann den Kaufvertrag für den neuen Kampffjet F35 bis spätestens am 31. März 2023 unterzeichnen. Trotz der im August eingereichten Initiative gegen den F35 gab ihr der Nationalrat nach dem Ständerat grünes Licht. Ausschlaggebend waren Befürchtungen eines möglichen Verlust des Produktions-Slots.



Den Auftrag zur Unterschrift bis zum Ende der Offertenfrist hatte der VBS-Chefin der Ständerat als Erstrat erteilt. Nur acht Tage nach der Verabschiedung der Armeebotschaft 2022 durch den Bundesrat am 16. Februar hatte Russland die Ukraine überfallen. Das änderte die Sicherheitslage in ganz Europa. So stand auch die gut fünfstündige Debatte am Donnerstag im Nationalrat im Zeichen des Ukraine-Kriegs. Der Nationalrat verabschiedete die fünf Bundesbeschlüsse der Armeebotschaft 2022 mit Krediten von 9,552 Millionen Franken mit jeweils grossem Mehr. Mehrausgaben des Ständerats von 295 Millionen Franken für die Cyber-Sicherheit und eine zweite Tranche Mörser hiess die grosse Kammer ebenfalls gut.



Preisanstieg und Verzögerungen

Mit 6,035 Milliarden Franken bildet die Flugzeugbeschaffung den grössten Brocken der Armeebotschaft und die grösste Beschaffung der Schweiz. Kommissionssprecher Thomas Hutter (SVP/SH) warnte vor einer Verzögerung der Unterschrift. Verpasse die Schweiz den Offertenablauf Ende März, bestehe die Gefahr, dass sie den Produktions-Zeitrahmen für "ihre" Jets verpasse. Die Nachfrage nach den Tarnkappenbombnern sei gross, jüngst hätten Deutschland, Finnland und Kanada Bestellungen aufgegeben. Verteidigungsministerin Amherd erklärte, wenn die Schweiz den Produktions-Slot nicht einhalten könnte, müsste sie den Kauf neu aushandeln. In einem solchen Fall wäre es angesichts der hohen Inflation in den USA mit dem garantierten Fixpreis vorbei. Zudem würde eine Lücke in der Luftraumverteidigung entstehen. Den Kaufvertrag werde sie "zeitnah" unterschreiben, versprach sie im Rat.

Tiger dürfen weiterfliegen

Der Nationalrat hiess den Bundesbeschluss für den F-35-Kauf mit 124 gegen 66 Stimmen gut. Ferner lehnte er gegen den Willen des Bundesrats die Ausserdienststellung der noch 25 Jets vom Typ F-5 Tiger ab.



Diese könnten für Trainings und andere Einsätze weiterhin Dienst tun, sei doch ihr Einsatz günstiger als jener der moderneren F/A-18. Der Ständerat hatte die Tiger für die Patrouille Suisse erhalten wollen, der Nationalrat ging mit seinem Beschluss weiter. Der zweite grosse Brocken der Armeebotschaft, die Anschaffung des bodengestützten Luftverteidigungssystems Patriot hiess der Nationalrat mit 174 zu einer Stimme gut. Das System kostet 2,035 Milliarden Franken. Das System soll einen grossen Teil der Schweiz abdecken.



Mörser und Cybersicherheit

Für weiteres Rüstungsmaterial und Erneuerungsbedarf sieht der National- wie vor ihm der Ständerat 1,46 Milliarden Franken vor. Der Ständerat hatte auf den bundesrätlichen Antrag als grössten Posten 285 Millionen Franken für Cybersicherheit und die zweite Tranche der Mörser-Beschaffung gepackt. Um die Subventionierung von Munition für Schützenverbände entstand ein kurzes Geplänkel, Anträge von SP und Grünen blieben indessen wie bei der Aufstockung erfolglos. Der Nationalrat verabschiedete den Bundesbeschluss mit 126 zu 40 Stimmen bei 27 Enthaltungen. Das Immobilienprogramm des VBS im Umfang 349 Millionen Franken passierte den Rat als fünfter Teil der Armeebotschaft diskussions mit 189 gegen 1 Stimme. Es umfasst 349 Millionen Franken. Gedacht ist das Geld etwa für Regallager oder Solar-Anlagen.

Nationalratswahlen 2023

Ich bin vor bald acht Jahren angetreten, um bei Themen wie Finanzen, Freiheit und Sicherheit sowie Familie die bürgerliche Seite zu stärken. Diese Kernanliegen sind heute noch stärker unter Druck als damals. Selbst die Neutralität wird in Frage gestellt. Es braucht Leute im Parlament, die ihre Meinung konsequent vertreten – auch entgegen dem herrschenden Zeitgeist. Die gemachten Erfahrungen und das aufgebaute Netzwerk möchte ich nutzen, um in der nächsten Legislatur weiter wirkungsvoll im Parlament mitzuarbeiten. Die Schweiz steht vor grossen Herausforderungen, und mein Heimatkanton ist auf einen Vertreter im Nationalrat angewiesen, der sich mit Leib und Seele für Appenzell Ausserrhoden einsetzt. Deshalb trete ich am 22. Oktober 2023 zur Wiederwahl an.



Schon vor einem Jahr hat der Ausserrhoder FDP-Ständerat **Andrea Caroni** (42) angekündigt, seine Karriere in Bundesbern fortzusetzen und das Ständeratspräsidium 2025 anzupeilen – vorausgesetzt, die FDP Ausserrhoden stelle ihn in der Zwischenzeit wieder auf und er werde wiedergewählt. Inzwischen ist auch klar, dass SVP-Nationalrat **David Zuberbühler** (43) wieder antritt.



David Zuberbühler, Ausserrhoder SVP-Nationalrat.

Bern, im September 2022
David Zuberbühler